



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

B/XVI/122 - 3. Juni 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Steuerbelastung und Finanzverfassung

92

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses

3

Spätzündung

44

Adenauer lässt "dementieren"

4

Die Rolle der Handelskammer - Prag

49

Von Rudolf Morrig

5 - 6

Jugend in Westafrika (III und Schluss)

95

Eine Reportagenfolge von Jacques van Broekhuizen

Unseren Abonnenten, die sich für den Abdruck  
der Reportage interessieren, geben wir zur  
Kenntnis, dass auch Bildmaterial zur Verfü-  
gung steht. Entsprechende Anforderungen sind  
an den Sozialdemokratischen Pressedienst zu  
richten.

Die Redaktion

\* \* \*

## Steuerbelastung und Finanzverfassung

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses

In der letzten Zeit und vor allem unter dem Gesichtspunkt der bevorstehenden Bundestagswahlen klangen da oder dort Versicherungen in bezug auf etwaige Steuersenkungen durch. Das Verlangen nach Steuersenkung ist verständlich, wenn man weiss, dass in der Bundesrepublik der Steueranteil am allgemeinen Volkseinkommen nach den letzten Feststellungen 35 Prozent betrug, während er in Belgien 22 Prozent, in Italien 27 Prozent, in Holland 28 Prozent, in Grossbritannien 29 Prozent, in Schweden 31 Prozent und in Frankreich 32 Prozent betrug. Auch in den USA und in Kanada ist der Steueranteil am Volkseinkommen wesentlich geringer als in der Bundesrepublik.

### Steuergeschenke für Grossverdiener

Die Begründung für diese Tatsache liegt in der furchtbaren Hypothek der nationalsozialistischen Misswirtschaft, dem nationalsozialistischen Rüstungswahnsinn und den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Folgen des verlorenen Krieges. Wenn man ernsthaft daran geht, festzustellen, inwieweit eine Steuersenkung möglich ist, kommt man zu der Feststellung, dass 80 bis 90 Prozent des jährlichen Bundeshaushaltes auf festen Verpflichtungen beruhen, die von vornherein dem Versuch eines Abbaues widerstehen und allenfalls eine Umgruppierung zwischen Bund und Ländern denkbar erscheinen lassen. In Übrigen aber ist das Problem der Steuersenkung nach sozialdemokratischer Auffassung eine Überwindung der Einseitigkeit der Finanz- und Steuerpolitik, wie sie von der Bundesregierung unter der politischen Verantwortung der CDU bisher betrieben worden ist. Die Sozialdemokraten wünschen Steuersenkungen dort, wo die Steuerlast jetzt schon zu gross ist. Wir wünschen eine Reform der Steuerpolitik dort, wo zugunsten der grossen Einkommen, unerhörte Riesengeschenke steuerpolitischer Natur gemacht werden. Die heutige Steuerpolitik, die in ihrer Grundtendenz von der Sozialdemokratie stets und ständig bekämpft und abgelehnt worden ist, macht den Beziehern grosser Einkommen Jahr um Jahr riesige Steuergeschenke, für die keinerlei zureichende Begründung vorliegt. Die letzte Steuertarifregelung brachte den Einkommen von einer Million DM eine Entlastung um 42 000 DM jährlich, also ein unberechtigtes Geschenk, dessen Folgen letzten Endes in der Verweigerung einer Reform der Umsatzsteuer der kleine Steuerzahler im Rahmen des Massenkonsums zu tragen hat.

Die grossen Aktiengesellschaften sparen durch die heutige Steuergesetzgebung pro Jahr etwa eine Milliarde DM an Steuern. Auf dem Gebiete der Vermögenssteuer ist es nicht anders. Nach der Steuerstatistik 1957 zahlten 3503 Vermögensmillionäre, die mehr als eine Million DM an Vermögen haben, mit einem gesamten Reichtum von 12,5 Milliarden DM nur einen Steuerbetrag von 94 Millionen DM pro Jahr, also knapp ein Prozent des aus dem Reichtum errechneten steuerpflichtigen Vermögens von 9,8 Milliarden DM.

3. Juni 1961

### Vorrang soziale Sicherung

Viele Leute sehen in einer Änderung der Finanzverfassung den Ausweg. Sie unterlassen es aber, in eine kritische Würdigung des Aufgabenkreises einzutreten, der auf Bund und Länder nach wie vor entfällt. Kein vernünftiger Mensch wird bestreiten, dass die Sicherung des sozialen Friedens im Staat nicht weniger wichtig und wertvoll ist als die Sicherung des Friedens in Verhältnis zur Umwelt. Das Geschimpfe auf die behauptete Grenze des sozialen Staates ändert nichts an der Tatsache, dass dieser Staat steht und fällt mit der Sicherung einer ausreichenden und zufriedenstellenden Sozialpolitik. Hier also bietet sich keine Möglichkeit des Abbaues von Ausgaben zur Erzielung einer Steuer-senkung. Wer will etwa behaupten, dass auf dem Gebiete von Wohnungs-bau und Siedlung eine rückläufige Entwicklung der Leistungen der öffent-lichen Hand zugunsten eines Steuerabbaues vertretbar sei. Wer glaubt im Ernst daran, dass die Verteidigungsausgaben gesenkt werden können? Wer will die gesetzlich begründeten Versorgungsleistungen, wer die Notwendigkeit erhöhter Mittelbereitstellung auf dem Gebiete des Stras-senwesens bestreiten? Kann man die Leistungen im Rahmen des Grünen Planes nennenswert verringern? Kann man die Leistungen für die Wie-dergutmachung reduzieren? Kann der Bund seine Beamten, Angestellten und Arbeiter schlechter stellen als die vergleichbaren Kategorien in der freien Wirtschaft? Soll der Bund etwa die Reichshauptstadt Berlin im Stich lassen? Soll er die Deckung des Defizits der Bundesbahn unterlassen, soll er die Flugsicherung schlechter stellen, der Luft-kansa die Luft abdrehen, den Bau und die Unterhaltung von Wasserstras-sen verringern? Sowie Fragen, soviel selbstverständliche Antworten.

### Reformbedürftige Steuergesetzgebung

Es kommen noch ganz andere, heute noch nicht gelöste Aufgaben hin-zu. Die SPD rechnet mit einer Steigerung des Sozialprodukts von 5,5 Prozent. Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. Erhard ist optimi-stischer, aber was auch immer im Laufe der nächsten Zeit an Tatsachen eintreten wird: Die Aufgaben der politischen Entwicklung der kommenden Jahre und schon des Jahres 1962 werden getragen sein von der Verpflich-tung, zunächst einmal unablässig innerdeutsche Leistungen auf allen in Frage kommenden Gebieten zu finanzieren und wenn kein schwerer Schä-den ausgelöst werden soll, Experimente zu unterlassen, die in rasch gegebenen Versprechungen angedeutet werden. Entscheidend ist und bleibt eine Verlagerung bei der Aufbringung der Mittel. Die heute gültige Steuergesetzgebung bedarf dringend einer Reform durch eine stärkere Belastung der grossen über 100 000 DM betragenden Einkommen und der grossen Vermögen. Sie bedarf der Abwehr einer von manchen Kreisen ge-planten Ergänzungssteuer zur Einkommensteuer, die allein dem Bund zukommen soll und die entscheidend die kleinen Einkommen belasten würde.

Darüber hinaus entsteht die Notwendigkeit einer Klärung der Be-griffe hinsichtlich weiterer neuer Belastungen der öffentlichen Hand, einer Erörterung des Problems Finanzreform und Föderalismus und schliess-lich, aber nicht zuletzt, die Herbeiführung einer Finanzpolitik, die der staatspolitischen Bedeutung der Gemeinden gerecht wird.

## Spätzündung

### Adenauer lässt "dementieren"

sp - Eine Woche hat es gedauert, bis man sich im Bundeskanzleramt dazu aufraffte, Teile der Hamburger Rede des Regierungschefs zu "dementieren". Das gehört scheinbar auch zum "Stil" regierungsamtlicher Pressepolitik. Nachrichtenagenturen und Sonderberichterstatter hatten übereinstimmend von Hamburg gemeldet, der Bundeskanzler empfehle den Hamburger Readern, sie sollten sich in Bonn eine "lautstarke Interessenvertretung" einrichten. Jeder begriff, was der alte Herr meinte, und eine Woche lang konnte man in deutschen und ausländischen Zeitungen lesen, dass Adenauer den Lobbyisten in der provisorischen Bundeshauptstadt wieder ein Türchen mehr öffnen wollte. Das war auch gar nicht erstaunlich, denn eine solche Ausdrucksweise des Bundeskanzlers passt durchaus in dessen Denkschema.

Aber natürlich fühlte sich der angebliche Kronpräsident, Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Dr. Erhard, wieder einmal auf den Fuss getreten. Wir wissen: Böse Worte wurden zwischen Bundeswirtschaftsministerium und Bundeskanzleramt gewechselt. Der alte Herr blieb jedoch taub. Er meinte, das sei ja alles gar nicht so schlimm und was die Zeitungen schrieben, vergäßen die Leute sowieso bald wieder. Dem Vernehmen nach soll Erhard aber ausnahmsweise einmal hart geblieben sein, und schliesslich musste das Bundespresseamt eine Formulierung suchen, die den Sturm annähernd glätten sollte.

Jetzt sieht das ganze so aus: Der Herr Bundeskanzler habe lediglich gesagt, wenn die Reader Sorgen hätten, sollten sie sich sofort mit dem zuständigen Bundesminister in Verbindung setzen. Der Kabinettsfriede ist wieder hergestellt. Von Lobby ist keine Rede mehr, und wer jemals geglaubt hat, der Herr Bundeskanzler hätte etwas anderes gesagt als das, was das Bundespresseamt jetzt behauptet, der passt eben nicht in die bundesrepublikanische Landschaft.

Mit den Atomwaffen für unsere Bundeswehr ist das genau so. Eine Woche lang hat niemand dementiert, dass der Bundeskanzler ("Die Welt", 29. Mai 1961) in Hamburg gefordert hatte, die Bundeswehr müsse über eigene Atomwaffen verfügen. Erst als SPD-Kanzlerkandidat Willy Brandt am Freitag erklärte, diese Forderung des gegenwärtigen Bundeskanzlers stehe in eindeutigen Widerspruch zu den Beteuerungen des Bundesverteidigungsministers, wurde man störrisch. Aber nicht der Bundeskanzler und auch nicht das Bundespresseamt "dementierte", sondern "ein Sprecher" des CDU-Bundesvorstandes bezeichnete die Erklärungen des SPD-Vorstandes und Willy Brandts als "Erankenvergiftung".

Diese Spätzündungs-Methode ist aufschlussreich. Eine ganze Woche lang lässt man zunächst Forderungen und Behauptungen im Raum stehen, hoffend, dass sich beides in der öffentlichen Meinung festsetzt. Sieht man sich dann ertappt, und spürt man, welcher schlechten Eindruck gewisse Dinge in In- und Ausland machen, wird "dementiert".

## Die Rolle der Handelskammer - Prag

Von Rudolf Hornig

Für den freien Westen ist es zweifellos von besonderem Interesse, sich darüber zu informieren, auf welche Weise der Ostblock seine Außenhandelskontakte mit dem Westen und insbesondere mit den Entwicklungsländern betreibt - ohne dass die Handelspartner sich sofort dessen bewusst werden, es mit einem Exponenten einer diktatorisch dirigierten Wirtschaft zu tun zu haben. Als Beispiel kann da die Tschechoslowakei dienen, die ja offensichtlich mit ihren von früher in der ganzen Welt bekannten Exportindustrien seit den letzten Jahren die Aufgabe übernommen hat, bei der östlichen "Exportoffensive westwärts" den Vorreiter zu bilden. Dabei versteht Prag nicht nur den guten Ruf der Exportgüter "Made in Czechoslovakia" aus der Vorkriegszeit, sondern auch die Tatsache zu nutzen, dass der tschechische Abwehrkampf gegen Hitler während des Krieges mit den Namen Lidice und Theresienstadt verband.

Die kürzlich stattgefundene Hauptversammlung der Prager Tschechoslowakischen Handelskammer war für den Westen hinsichtlich der vom Ostblock praktizierten Exportmethoden ein überaus interessantes Lehrbeispiel. Von den Prager Zeitungen wurde (für den Inlandgebrauch) die Prager Handelskammer als die breiteste Basis bezeichnet, auf der sich sowohl die (staatlichen) Unternehmungen für den Aussenhandel, als auch die für den Export arbeitenden (gleichfalls staatlichen) Betriebe begeben und handeln sollen. Der Handelskammer gehören dann noch Vertreter der Staatsbank, der Hochschulen und der Forschungsinstitute an, die praktisch alle mit dem Aussenhandel zu tun haben.

Eine besondere Aufmerksamkeit wird der Zusammenarbeit mit jenen Staaten gewidmet, die sich wirtschaftlich erst zu entwickeln beginnen. In Beirut erfolgte vor kurzen die Gründung einer gemischten libanesisch-tschechoslowakischen Handelskammer. Eine ähnliche Kammer soll jetzt in Marokko für Nordafrika geschaffen werden. Exponenten der Prager Handelskammer haben in diesem Jahr bereits eine Reise nach Zentralafrika unternommen und dabei "gute Grundlagen" für die Anknüpfung engerer Beziehungen geschaffen. Auch die ost-afrikanischen Länder werden von einer Prager Handels- und Wirtschaftsmission besucht werden.

Vom Oktober des Vorjahres bis zum vergangenen März wurde die Prager Handelskammer von 221 Ausländern aus 52 Ländern besucht. Besondere Wirkung versprach man sich bei der Hauptversammlung in Prag von der nächsten, der dritten internationalen Messe in Brünn (die im September stattfindet). Die Erfahrungen des Vorjahres bei dieser Messe wurden genau analysiert und danach die Richtlinien für die diesjährige Messe festgelegt.

Es liegt auf der Hand, dass die Prager Handelskammer bei ihrer Exportbestrebungen mit den Handelsmissionen, Konsulaten, Gesandtschaften und Botschaften der Tschechoslowakei in aller Welt zusammenarbeitet. Aber diese politischen Faktoren treten dabei in den Hintergrund - führend ist überall in der freien Welt die Prager Handelskammer als eine unpolitische Einrichtung, die sich "nur" um Handelsbeziehungen und um das Geschäft kümmert.

\* \* \*

### Jugend in Westafrika (III u. Schluss)

Eine Reportagenfolge von Jacques van Broekhuizen

Unsere Abonnenten, die sich für den Abdruck der Reportage interessieren, geben wir zur Kenntnis, dass auch Bildmaterial zur Verfügung steht. Entsprechende Anforderungen sind an den Sozialdemokratischen Pressedienst zu richten. Die Redaktion.

Nachdem wir in unserem ersten Artikel über die Jugend in Westafrika versuchten, einen Einblick zu vermitteln in die gewaltige geistige Anstrengung, die schon die erste Grundschulausbildung für das afrikanische Kind bedeutet, geben wir in unserer zweiten Betrachtung eine kurze Analyse der politischen und kulturellen Spannungen bei den Jugendlichen von 13-24 Jahren. Nun geben wir einem jungen Afrikaner selbst das Wort, was ihn bewegt. Wir hatten seinen Namen schon in Dakar gehört. Seitdem tauchte er überall auf, wo wir mit Jugendlichen zusammentrafen. Endlich fanden wir ihn in Porto Novo, Hauptstadt von Dahomey. Er ist ein junger katholischer Priester, Abbé, 28 Jahre alt. In seinem spannungsgeladenen Werdegang hat er eine Zeitlang dem Kommunismus ziemlich nahe gestanden. Er spielt in seinem Lande und auch wohl darüber hinaus eine führende Rolle in allem, was Jugendbewegung heißt. Er schreibt viele Artikel und wird allgemein als einen der wichtigsten Wortführer der jungen Generationen betrachtet. Er sagte mir:

#### In eine fremde Welt versetzt

"Meine Studien haben mich entfremdet, drohten mich zu entwurzeln! Als ich in Rom ankam, fühlte ich mich in eine fremde Welt versetzt. Plötzlich befand ich mich, meinem eigenen, bekannten und vertrauten afrikanischen Milieu entrissen, zwischen Menschen aus 50 verschiedenen Nationen. Ich musste meinen Platz finden, mir klar werden über meine eigene Person: Welche Werte hatte ich zu vertreten? Es wurde eine schwere Zeit, denn auch wenn man die Ewigkeitswerte seines Glaubens nicht im Zweifel zieht - man muss seinen Glauben doch in dieser Welt, in der Aktualität erleben und austragen. Welches konnte mein Verhältnis sein zu dieser Welt, zu dieser Aktualität?

Sehen Sie mal, was im ex-belgischen Kongo geschieht. Dieser Kongo ist vielleicht das Land, wo der Kolonialismus am meisten gewirkt hat. Zu gleicher Zeit aber machte er aus den Menschen verantwortungslose Wesen. Das größte Elend des Kolonialismus war, dass man Darkharkheit von uns erwartete im Verhältnis Meister-Diener... Ich weiß, das sind hinterher aufgekommene Gefühle, das moralische Bewusstsein ist erst viel später aufgekommen... jetzt hinterher sagt man, das war alles Ausbeutung, bestimmt ist das ungerecht, auch wenn es nach den heutigen, damals in Europa auch nicht gültigen Maßstäben zu sein scheint. Dieses eine aber bleibt: die schreckliche Verachtung des schwarzen Menschen. Die ist für uns unerträglich und auch heute nicht überwunden, obwohl wir jetzt unabhängig und politisch souverän sind.

#### Bittere Klagen

Bitter und kritisch spricht er weiter über die neuen schwarzen Machthaber: "Sie werden von Angst beherrscht, Angst vor der Kommunisten, Angst, ihre Position zu verlieren. Sie verdienen zu viel, 6 000 Mark pro Monat... sie wollen keine Opfer bringen... hat ihre Partei eine Doktrin?... gelingt es ihnen, ein harmonisches Denken ins Leben

zu rufen?... Materialismus ist es, krassester Materialismus... sie verstehen die Autorität nicht als Dienst am Volke... dagegen revoltiert die Jugend... Sekou Touré schafft es, Opfer bringen zu lassen... unsere Macht haben sind Leute für sehr mittelmässiger Kultur, meistens sind sie nicht mehr als Grundschullehrer... schauen Sie sich den Unterschied im Lebensstandard an zwischen "la brousse", der Savanne, und der Stadt, Die Wildnis kommt in Aufstand, fängt an, um Rache an den Städten zu schreien. Es gibt viele, die sagen: in der Zeit der Weissen war es besser, es gibt heute viel mehr Ungerechtigkeit... das Volk ist unzufrieden und empfindet ein Gefühl der Unsicherheit... die Masse ist hungrig nach politischer Erziehung, aber man will sie nicht geben... in zehn Jahren haben wir entweder eine eigene Lösung gefunden, einen "African way of life" oder wir sind im Kommunismus untergegangen... Ich weiss, dass hier unterirdisch kommunistische Organisationen arbeiten, die werden von draussen reichlich finanziert... dabei arbeiten sie weitaus klüger und verfeinter als der Westen... Europa sollte sehen, wo die wirklichen Gefahren liegen, sollte z.B. den Jugendbewegungen mehr Hilfe bieten. Es gibt soviel, das getan werden könnte. Sehen Sie, das geben aber die Kommunisten, die arbeiten urten, suchen sich ihre Leute aus, bilden Zellen, die bekommen, was sie brauchen. Europa hat keine Ahnung, was es erreichen könnte mit 50 geschenkten Schreibmaschinen, 20 Romeo's, Warum schickt man uns keine Bücher und ermöglicht es uns, Büchereien einzurichten?

#### Afrikanischer Sozialismus

Es muss ein Afrikanischer Sozialismus entstehen, eine eigene Lebensform, in der der afrikanische Mensch seinen traditionellen Gemeinschafts-sinn retten kann, ohne den er kompasslos und dem Kommunismus wehrlos ausgeliefert wird, und in der er sich zu gleicher Zeit personalistisch entwickeln kann. Die Entwicklung gibt uns wohl das Bewusstsein des persönlichen Eigenwertes und wir sehen ein, dass Modernisierung Stärkung der individuellen Verantwortung bedeutet, aber der afrikanische Mensch wird nie das Bewusstsein verlieren, zu einer Gruppe zu gehören. Die Solidarität gehört zu den Grundzügen seines Wesens. Es handelt sich darum, ein neues Gleichgewicht zu finden zwischen dieser Solidarität und den Ansprüchen einer modernen Gesellschaft. Das wird nicht leicht sein. Denn die moderne Gesellschaft treibt zum Individualismus, der aber treibt zum Egoismus, zum Materialismus, sogar zum Atheismus. Das alles ist dem afrikanischen Wesen fremd und wirkt abstossend.

Und eben da versagen unsere neuen Führer - unsere Jugend verlangt mehr, sie fühlt sich von ihnen nicht geführt, bekommt keine befriedigende Inspiration, fühlt sich von denen nicht in die Zukunft hineingeleitet. Vielleicht fordern wir zu viel. Die Aufgaben der neuen Regierungen sind unglaublich kompliziert, schwierig, die Mittel gering, aber die Lücke bleibt. Das erklärt, warum die Jugend Radio Moskau hört, weshalb sie kritiklos Politikern, wie Sekou Touré, gegenübersteht, unsere Jugend verlangt ein klares politisches Bild, auf das sie sich ausrichten kann. Ohne Klarheit kann der Mensch nicht denken. Unsere Jugend denkt, fieberhaft, gespannt, voll Erwartung. Weder ihre geistige noch ihre politische, noch auch ihre täglich erwachsender materiellen Bedürfnisse werden befriedigt. Sie wird ungeduldig, jeden Tag mehr."

Soweit der junge Abbé. Was er sagte, kann man in vieler Variationen hören von Dakar bis Brazzaville, unter Katholiken, wie Mohammedanern, wie Animisten, in der Gewerkschaftsjugend, wie an den Hochschulen...